

Korrespondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 4 Mfr., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 Mfr., durch den Postboten ins Haus 1,02 Mfr. Einzelnummern 5 Pf.
Erhältlich vierteljährlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Comm.-u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
2 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beizeile oder deren Raum 8 Pf., für zweite 7 Pf., für dritte 6 Pf., für vierte 5 Pf., für fünfte 4 Pf., für sechste 3 Pf., für siebente 2 Pf., für achte 1 Pf. Bei Wiederholungen halbiert. Bezugsstellen werden von unserer Geschäftsstelle (sowie sämtlichen Annoncenstellen) entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalliteratur nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unerlangte Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 155.

Freitag den 6. Juli 1906.

33. Jahrg.

Zur Lage in Rußland.

Der Jar soll an hochgradiger Nervosität leiden und wird deshalb auf Grund bringenden ärztlichen Rats eine Erholungsreise nach Finnland in nächster Zeit antreten. Inzwischen regieren seine Minister Rußland in Grund und Boden, und die Clique der Reaktion macht sich in unerhörter Weise breit. Die neuen Militärrivolten, namentlich die Meuterei bei den Preobraschenski, hat man dazu benutzt, um das verängstigte Gemüt des Kaisers noch träuer zu stimmen und den Monarchen unter dem Eindruck dieser Stimmung dahin zu bringen, daß er sich wieder den Männern in die Arme wirft, die das ganze Land verhäubelt haben. So konnte es dahin kommen, daß selbst die Nachfolge eines Woiwodens wieder Gehör finden, eines Mannes, der ein geschworener Feind des Parlamentarismus ist. Jar Nikolaus macht es genau wieder, wie im vorigen Jahr, er entzieht sich den Schreien der inneren Lage wieder durch eine Erholungsreise nach den finnischen Schären. Unterdessen mögen seine Ratgeber die Suppe austessen, die sie sich eingetrocknet haben. Das ist ein bequemes Regierungssystem, das freilich durch wiederholte Anwendung nicht besser wird. Nach innen wie nach außen ist Rußlands Lage nicht behebener. Nach außen hin wird jetzt ein schwächer Versuch unternommen, um die Regierung und ihre Organe von den Verwirrungen zu entlasten, die sie in der ganzen Kulturwelt wegen der barbarischen Judenmorde in Belofol zu hören bekommen hat. Erst ließ man die Sache gehen, behielt sich mit einigen offiziellen Erläuterungen und glaubte damit genug getan zu haben. Dann aber kam die Entrüstung über die Schandthaten von Belofol überall dem Jar aus der Brust, das selbst die hart gestohlene russische Regierung sich veranlaßt sah, darauf zu reagieren. Aber fragt mich nur nicht, wie!

Wir haben schon eine Probe gegeben davon, in welchem Geist die amtliche Untersuchung über den letzten „Pogrom“ geführt wird. Jetzt veröffentlicht der Petersburger „Regierungsbote“ folgende Mitteilung:

Am 14. Juni haben in Belofol Unruhen stattgefunden, deren Ergebnis 82 Tote (7 Christen und 75 Juden) und 78 Verwundete (18 Christen und 60 Juden) sowie die Plünderung von 169 jüdischen Wohnungen und Buben waren, die einen Verlust von annähernd 200000 Rubel verursachte. Zum Zweck der Ermittlung der genauen Ursache der Unruhen hat der Minister des Innern das Mitglied des Ministerrats Graf Iljinski mit dem Namen Belofol beauftragt. Die hierdurch gewonnenen Nachrichten als auch andere bei der Regierung eingegangene Mitteilungen haben folgendes ergeben: Belofol, welches etwa 100000 Einwohner zählt, von denen 70 Prozent Juden sind, wurde in den letzten Jahren zum Hauptzentrum der Revolutionen des Welgebietes. Die verbrecherische Tätigkeit der dortigen revolutionären Kreise wuchs besonders im Jahre 1906 und zeitigte eine Reihe von Morden und Verbrechen gegen Amtspersonen und die Orthodoxen. Bei der Einlieferung des Kriegszustandes im September des vor. Jahres wurden die terroristischen Umtriebe schwächer, ermodeten aber mit erneuter Kraft, als am 1. März 1906 der Kriegszustand aufgehoben wurde. Vom 1. März bis 1. Juni wurden in Belofol 46 gerichtliche Untersuchungen wegen terroristischer, gegen Amts- und Privatpersonen gerichteter Verbrechen eingeleitet, wobei größtenteils die Schuldigen unermittelt blieben, da Augenzeugen aus Furcht vor Rache keine Angaben machten. Eine Reihe derartige Angehörige verließen Belofol in einen panikartigen Zustande und die Ermordung Verhafteten, welcher die allgemeine Hochachtung der Juden und Christen genoss, brachte die Erbitterung gegen die Säuber der Ordnung zu äußerster Spannung. Gleichzeitig wurde eine Desorganisierung der Polizei bemerkt, da die besten Organe derselben ermordet, verhaftet oder verwundet worden oder für ihr Leben hangen weggegangen und an ihrer Stelle oft unvorherrschte Personen ernannt worden waren. Der aufgeregte Zustand der Stadtbewohner und die Desorganisation der Polizei schufen die Grundlage, auf der bei dem geringsten Anlaß mit größter Kraft Unruhen entbrennen konnten und auf der am 14. Juli infolge eines faden Anschlags ein Ausbruch des Unwillens der gesamten Christenbevölkerung hervorgerufen wurde. Während der Prozession am 14. Juni wurden von zwei oder drei Stellen Sprengschüsse gemeldet und mit Bewußtsein geschossen; dieses hatte zur Folge, daß Militärpatrouillen und auf die Käufer, aus denen geschossen worden war, feuerte. Fast gleichzeitig entlammte mit elementarem Gewalt seitens der christlichen Bevölkerung der Pogrom, der keinen Unterschied machte zwischen schuldig und unschuldig. Den Gang des Pogroms und seine Um-

heer kann bloß eine gerichtliche Untersuchung ermitteln, welche mit möglicher Schnelligkeit geführt wird. Fürs erste kann nur als Tatsache gelten, daß der Pogrom hauptsächlich von einzelnen kleinen Gruppen der Land- und Stadtbewölkerung ausgeführt worden ist, wobei in den meisten Fällen die Plünderungen durch rechtzeitig herbeigerufene Truppen angehalten wurden. Um 6 Uhr abends war Belofol von den Plünderern befreit und Patrouillen marschierten durch die Straßen. Am nächsten Tage erzwangte der Pogrom aus neue. Am Mittag dieses Tages erfolgten von Seiten der Revolutions-Organisationen Überfälle auf die Truppen, die erst in der Nacht zum 18. Juni endigten. Alle durch die Untersuchung gewonnenen Anhaltspunkte sind bereits als Grundlage für Maßnahmen genommen, die zur Herstellung der geordneten Tätigkeit der Ortsbehörden dienen sollen. Was die am Pogrom beteiligten Personen sowie ihre Mithelfer und die Aufseher anbelangt, desgleichen ihre Auffindung, Auslieferung und Bestrafung, so werden die Gerichte alle ihnen angebotene Mäßigkeit anwenden. Auch die Regierung wird ihrerseits alles dazu tun, daß keine einzige an den Verbrechen Beteiligten mit schuldige Person dem Gericht und der Strafe entgehe. Voll Empörung weist die Regierung die in der Gesellschaft verbreiteten Gerüchte zurück, daß der Judenpogrom in Belofol unter Mitwissen und Beteiligung der Ortsbehörden und der Truppen stattgefunden habe. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, die Überzeugung auszusprechen, daß der Grund dieses belagerten Ereignisses hauptsächlich in der Tätigkeit der örtlichen revolutionären Organisation zu suchen ist.

Ein Kommentar zu diesem tendenziösen Aktienstück ist überflüssig. Nur eines heben wir hervor. Die Empörung über die angeblich falschen Gerichte, daß der „Pogrom“ unter Mitwissen und Beteiligung der Ortsbehörden und Truppen stattgefunden habe, will der russischen Regierung sehr schlecht zu Gesicht stehen. Man braucht nur folgende Meldung der „Petersb. Tel.-Agent.“ dagegen zu halten: Ein vom Minister des Innern nach Petersburg berufener Polizeibeamter aus Belofol ist nach Meldungen verschiedener Blätter der Urheber des dortigen Pogroms. Wie aus Wilna dazu gemeldet wird, handelt es sich um den sich gegenwärtig dort aufhaltenden Polizeioffizier Scheremetjew, der nach Petersburg berufen worden ist.

Ein Kabinettswechsel steht bevor, wenn das Blatt „Nietzsch“ recht berichtet ist. Wie „Nietzsch“ meldet, erklärte Ministerpräsident Goremysin in einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Ministerrates, dem Kabinet sei der Rücktritt nahegelegt worden, mit der Neubildung des Kabinetts soll nach dem Blatte zufolge der ehemalige Ackerbauminister Termolow betraut werden.

Die Meuterei bei der Garde zieht weitere außerordentliche Maßnahmen nach sich. Ein Tagesbefehl des Oberkommandierenden des Petersburger Militärbezirks und der Garde ordnet an, gegen den Kommandeur sowie gegen den Bataillonkommandeur, die Kompaniechefs, sowie gegen die übrigen Offiziere und Mannschaften des aufgelösten ersten Bataillons des Preobraschenski-Regiments eine Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen dem Gericht zu übergeben. Gleichzeitig erhielten der Kommandeur der ersten Brigade der ersten Garde-Infanterie-Division, der Kommandeur der ersten Garde-Infanterie-Division und der Kommandeur des Gardeforps einen Verweis.

Im Kreise Odessa ist anstelle des außerordentlichen Schutzes der Kriegsjustiz verhängt worden. Die Reichsduma hat am Dienstag den Beschlusses betreffend das Versammlungsrecht an eine besondere Kommission von 11 Mitgliedern erteilt. Ferner wurden mehrere Anträge auf Interventionen über die Todesstrafe und über einen in Datum beschützten Pogrom angenommen. Ueber die Vorwommnisse in Belofol wurde am Donnerstag zu verhandelt beschlossen. Die Reichsduma verhandelte weiter über die Billigkeit der Wahlen im Gouvernemente Tamboff. Mit 286 gegen 62 Stimmen werden die Wahlen von elf Deputierten dieses Gouvernements für ungültig erklärt. In den Handelsgängen wurde diesem Beschlusse große Bedeutung beigelegt, weil er den Gouverneuren zeige, daß die Duma niemals eine Beeinflussung der Wahlen durch die Verwaltung gestatten werde.

Ein „schneidiger“ Ministergehilfe. Der Ministergehilfe Gurlo, der die bekannte heftige Rebe gegen die Agrarreform hielt, macht jetzt wieder von sich zu reden. Er kam vor einigen Tagen in die Duma und sagte dort mit lauter Stimme zu seinem Gefolge: „Wollen wir sehen, in welcher Stimmung sich heute diese Hooligans befinden.“ Einige „Hooligans“, d. h. Mitglieder der Duma, wollten ihn wegen Erverletzung der Duma verlassen. Gerüchtheise verläutet, man habe dem schneidigen Ministergehilfen empfohlen, seinen Abschied einzureichen.

Ein sensationeller Kriegesgerichtprozess steht bevor. Admiral Nebogotow und die vier Kommandanten (bzw. stellvertretenden Kommandanten) der den Japanern übergebenen Schiffe sind nach beendeter Untersuchung ebenso wie die Offiziere des Torpedoboots „Bjadowy“ einschließlich des Admirals Roschshewenski dem Gericht übergeben. Auf das ihnen zur Last gelegte Vergehen steht die Todesstrafe.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die Spannung zwischen Oesterreich und Ungarn ist durch einen Genetische des ungarischen Handelsministers Koskuth wieder um ein beträchtliches erweitert worden. Wiener parlamentarische Kreise erörtern nach der „Köln. Ztg.“ lebhaft eine Erklärung Koskuths, wonach eine neue Vereinbarung über den Schweizer Handelsvertrag diesmal nicht, wie beim früheren Schweizer und noch beim neuen Verträge mit Deutschland in deutscher und französischer Sprache ausgefertigt worden sei, sondern deutsch und magyarisch und zwar, wie es scheint, in drei Exemplaren. Goluchofski und die schweizerischen Vertreter hätten nach Koskuths Erklärung auch das dritte ungarische Exemplar getrennt unterfertigt und damit den besonderen magyarischen Staat anerkannt, während nach dem Ausgleichsgesetz von 1867 die Monarchie gegenüber dem Ausland einheitlich durch den gemeinsamen Minister vertreten wird. Freilich sei schon bei der Brüstler Zuercherkonvention ein ähnlicher Vorstoß gemacht worden. Jedenfalls habe Goluchofski durch den neuen Akt sich wieder hinreichend in die magyarische Gunst gesetzt, um nicht an seinen Rücktritt denken zu müssen. Als antiösterreichisch bezeichnet man auch den einseitig in Ungarn beschlossenen Zusatz zum Verträge. Während im Verträge richtig von österreichisch-ungarischen Zollgebiet gesprochen werde, erkläre der Zusatz diesen Begriff als das nur auf der Resiprozität beruhende Gebiet. Dadurch, daß Ungarn den Begriff des tatsächlichen bestehenden österreichisch-ungarischen Zollgebietes einseitig und ohne Rücksicht auf die Verhandlungen mit Oesterreich festgesetzt habe, erschwere es diese Verhandlungen, die ohnehin schon stocken und erst Freitag anlässlich der Anwesenheit der ungarischen Deputierten in Wien zwischen Welsker und Beck wieder möglichst in Fluß gebracht werden sollen.

Frankreich. Dreyfus ist glänzend gerechtfertigt. Am Dienstag stellte, wie aus Paris gemeldet wird, vor dem Kassationshof Generalstaatsanwalt Vaudouin den Antrag auf Kassation des früheren Urteils ohne Verweisung vor ein anderes Gericht. Er sagt: der Kassationshof sei Richter nicht allein hinsichtlich der Rechtslage, sondern auch des Tatbestandes. Wenn es sich um Revision handle, werde seine Befugnis durch nichts eingeschränkt, auch nicht durch die res judicata. Die vom Verteidiger zugunsten der Kassation ohne Rückverweisung vorgebrachten Gründe seien auszuschließen, nämlich Veränderung und Begnadigung; da Dreyfus tatsächlich des Verrats beschuldigt worden sei, könne von der Verjährung nach drei Jahren nicht die Rede sein. Auch mache die Freisprechung Esterhazy's eine neue kontraktliche Verhandlung unmöglich. Der Kassationshof müsse in der Sache selbst entscheiden, indem er die Kassation ohne Rückverweisung ausspricht. Die Sitzung wird darauf vertagt, trotz des Widerspruches des Generalstaatsanwalts, der vorschlug,

die Verhandlungen am Dienstag noch abzuschließen. — Auf die Disziplin in der französischen Marine wirft folgende Meldung aus Toulon ein schlechtes Licht. Das Seefriegsgericht hat 13 Unteroffiziere und Matrosen des Torpedoboots 250, die während einer Uebungsfahrt gemeutert und das Schiff in Bonifaccio auf Korfu verlassen hatten, zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Befehlshaber des Urteils wurden von mehreren Hundert Matrosen, die im Gerichtssaale anwesend waren, mit Fischen und mit Beschimpfungen der Richter aufgenommen. Ueber den Vorfall, der große Erregung hervorrief, wird eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden. — Einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe haben Jaure's und etwa 60 andere Deputierte in der Kammer eingebracht.

England. Der neue Dreibund für Abessinien ist fertig. Der „Agence Havas“ wird aus London gemeldet, daß Mittwoch nachmittag der italienische Minister Tittoni und der französische Vorkämpfer zur Abschaffung des englisch-französisch-italienischen Vertrags über Abessinien im englischen Auswärtigen Amt erschienen. Minister Tittoni gedachte am Montag nach Rom zurückzukehren.

Marokko. Der Marokken bewilligte ungeschmälert sämtliche Forderungen, welche Frankreich in der Angelegenheit des ermordeten Bankbeamten Charbonnier gestellt hat. — Der neulich bei Larasch tot aufgefundene Franzose ist nach der „Kön. Ztg.“ nicht, wie anfangs gemeldet wurde, einem Verbrechen zum Opfer gefallen, sondern hat Selbstmord verübt, wie aus einem bei ihm vorgefundenen Briefe hervorgeht. — Eine Dörsche aus Mexiko melbet, der Prätendent habe eine Niederlage erlitten und ziehe sich, verfolgt von den Truppen des Sultans, auf Taza zurück. — Wie die „Kön. Ztg.“ melbet, hat der deutsche Gesandte Dr. Rosen am Dienstag an Bord eines Schiffes der Kaiserlichen Marine die Fahrt nach Deutschland angetreten, wo er seinen Erholungsurlaub zubringen gedenkt.

Deutschland.

Berlin, 5. Juli. Der Kaiser, welcher bekanntlich am Dienstag seine Nordlandreise angetreten hat, ist durch Funkentelegraphie von der Geburt seines ersten Kindes benachrichtigt worden. Sein Glückwunschtelegramm war eins der ersten, die im Heim der jungen Eltern eintrafen. Den ersten persönlichen Glückwunsch gab der Oberhofmarschall Graf zu Culenburg ab. Ihm folgten alsbald die Prinzen August Wilhelm, Friedrich Heinrich, sowie Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold. Gegen 12 Uhr fuhr die Prinzessin Viktoria Luise mit ihrer Begleitung vor. Nach der Geburt des Prinzen wurde das freudige Ereignis durch 101 Kanonenschüsse kundgemacht. Sämtliche Schiffe der Kriegsmarine, soweit die Nachricht sie bereits erreicht hatte, feuerten 21 Schuß ab und flaggten über die Toppen.

— Das amtliche Bulletin über die Entbindung der Kronprinzessin lautet:

Ihre kaiserliche und königliche Hoheit, die Frau Kronprinzessin, sind heute früh 9 Uhr 15 Min. von einem kräftigen gesunden Prinzen entbunden worden. Das Befinden Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheit ist den Umständen nach befriedigend. gez. E. Bunnig, gez. Keller. Eine Sonderausgabe des „Reichsanz.“ am Mittwoch mittag bringt über die Geburt des voraussichtlichen Thronerben folgende Bekanntmachung:

Ihre kaiserliche und königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reichs und von Preußen ist heute vormittag 9 Uhr 15 Minuten im Marmorpalais zu Potsdam zur Freude Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und des ganzen königlichen Hauses von einem Prinzen glücklich entbunden worden.

Dieses erfreuliche Ereignis wurde der hiesigen Einwohnerchaft durch die üblichen Kanonenschüsse bekannt gegeben.

Die hohe Wödhmerin sowie der neugeborene Prinz befinden sich in bestem Wohlbefinden. Berlin, den 4. Juli 1906.

Der Minister des königlichen Hauses. v. Wedel.

Die Botschaft von der Geburt eines Thronerben hat in der Bevölkerung allgemein große Freude hervorgerufen. Ist doch mit diesem Ereignis eine weitere Bürgschaft für das Fortbestehen der Hohenzollern-dynastie gegeben. Menschlicher Voraussicht nach wird es denen, die dazu verpflichtet sind, möglich sein, den jungen Prinzen mit aller Gründlichkeit und Umsicht zu der Stellung zu erziehen und auszubilden, die ihm bereitet bestimmt sein wird. Denn noch steht der regierende Kaiser im kräftigen Mannesalter und der Kronprinz hat die Jünglingsjahre noch nicht überschritten. Mit Aufmerksamkeit wird man das Heranwachsen des eben geborenen Prinzen allerdings verfolgen und mit derselben auf-

richtigen Anteilnahme, die ihm bei seinem Eintritt in das Leben entgegengebracht worden ist, wird man seinen weiteren Weg begleiten. Hoffen wir von Herzen, daß dieser Weg ein glücklicher ist.

— (Ordnungs-Vereibung.) Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Vereibung des Roten Adler-Ordens erster Klasse mit Eichenlaub an den Staatssekretär Kräfte.

— (Zu der Dinarkepolitik der Regierung) bringt die „Presl. Ztg.“ einen interessanten Beitrag, der daruit, mit welcher Inkonsequenz diese Politik betrieben wird, und zugleich ergibt, welche Schädigungen der deutsche Nationalstaat durch die unbedingte Rücksichtnahme auf die Wünsche der Agrarier erleidet. Bisher war es Vorschrift gewesen, daß die ländlichen Arbeiter aus Rußland und Galizien, die als Saisonarbeiter für die Landwirtschaft nach deren Angabe notwendig sind, in den Wintermonaten wieder in ihre Heimat abgeschoben werden, damit ihre dauernde Niederlassung in Preußen und speziell in Schlesien vermieden werde. Den ausländischen Saisonarbeitern paßte dieses Hin- und Herreisen aber nicht. Sie wünschten festhaft zu werden, und da dieser Wunsch ihnen verweigert blieb, so nahm der Zu-zug der slavischen Preußenarbeiter nicht unerheblich ab. Die Agrarier hätten vielleicht durch Erhöhung der Löhne eine Aenderung herbeiführen können, aber diese Idee lag ihnen selbstverständlich vollkommen fern, und so beströmten sie die Regierung, die ständige Ueberlastung der Rußen und Galizier in Preußen zu gestatten. Da bei uns Agrarisch-Trumpf ist, so sagte sich schließlich die Regierung, und demzufolge hat, wie die „Preslauer Zeitung“ mitteilt, der Minister schon vor längerer Zeit die Auf-enthaltbeschränkung der slavischen Einwanderer aufgehoben. Daß dadurch einer planmäßigen Vereibung der Ostprovinzen mit Slaven unbedingt Vorschub geleistet wird, ist selbstverständlich. Wie aber die preußische Regierung dies mit ihrer Polenpolitik in Einklang bringen kann, ist recht schwer einzusehen. Bezeichnend ist auch, daß die Haktisten über diese für das Deutschtum in den Dinarke gewiß nicht gleichgültige Angelegenheit mit Schwelgen hingehen.

— (Kirchliches Spionagesystem.) In der orthodoxen Presse wird jetzt bestätigt, daß dem seinerzeit bei Gründung der positiven Landeskirchlichen Vereinigung von Herrn Stöcker nahebedingten Kreisen geäußertem Wunsch, daß die Gottesdienste liberaler Pastoren überwacht werden mögen, tatsächlich entsprochen worden ist. Verschiedene Berliner Geistliche sind von dem Konfessionsrat aufgefordert worden, sich wegen Äußerungen in ihren Predigten, die der Kirchenbehörde nur durch orthodoxe Denunzianten zugehen könnten, zu rechtfertigen. Sie haben dieses Verlangen nicht abgelehnt mit der Begründung, daß die ihnen nachgesagten Äußerungen falsch wiedergegeben seien. Recht bemerkenswert ist es, daß selbst der konservativ-orthodoxe „Reichsbote“ sich mit diesem Spionagesystem seiner kirchlichen Gesinnungsgenossen nicht befremden kann und auch das Konfessionsrat davor warnt, die Gottesdienste liberaler Pfarrer durch Denunzianten zu überwachen. „Ein solches Vorgehen“, sagt das Blatt, „gehört schließlich nicht zu den Aufgaben unserer Kirchenbehörde und würde ihr Ansehen erst recht untergraben.“ Sehr richtig, das Berliner Konfessionsrat wird sich, wie wir glauben, auch schwerlich zu solchen Handlangerdiensten für die berüchtigte und intolerante Drib-dorie hergeben.

— (Herr Krösel), eine bedeutende, agitatorisch tätige Reichstagsdeputierter der Antisemiten des Wahlkreises Pritz-Saasitz, hat sich bei seinen fortgesetzten Versuchen, die Politik auch in den privaten und geschäftlichen Verkehr hineinzutragen, bei einem Teil seiner Wähler eine gehörige Abfuhr geholt. Die Pritzer Maurer- und Zimmererinnung, die am 30. v. M. ihre Quartalsfeier beging, hat, durch Erfahrung gewisig, sich den Besuch dieser Feier durch Herrn Krösel in folgendem Schreiben bößlich verboten: „Da Sie bei derartigen Veranlassungen bisher fast immer Gelegenheit genommen haben, solche Feste mit ihrer Gegenwart auszuzeichnen, und diese auch politisch auszunutzen pflegen, so teile ich Ihnen im voraus mit, daß sowohl Sie, als auch die Vertreter Ihres Blattes zu dieser Innungsfeier keinen Zutritt erhalten, anderenfalls Sie uns zwingen würden, von dem uns zustehenden Hausrechte Gebrauch zu machen.“ — Das ist eine bittere Nille für Herrn Krösel; gerade aus dem Handwerkerstande, den er mit seinem aufdringlichen Liebeswerben fortgesetzt verfolgt, wird er solchen „Undank“ am allerwenigsten erwartet haben.

— (Der heftige Pfarrer Korell) hätte wegen seines Verbalens bei der in seinem Wahlkreis stattgehabten Reichstagswahl, die durch eine Stichwahl entschieden wurde, von Oberkonfessionsrat einen Verweis erhalten, weil er es unterließ, sich, nachdem er selbst als Mitbewerber um das Mandat ausgefallen, öffentlich gegen die Wahl eines Sozialdemokraten zu erklären. Wie sich nunmehr zeigt,

hat sich das heftige Oberkonfessionsrat mit dieser Disziplinierung Korells eine böse Suppe eingebracht. Jetzt wird es auch vom Vorstand der Freien Landeskirchlichen Vereinigung des Großherzogtums Hessen, der sich in seiner überwiegenden Mehrheit aus politischen Gegnern Korells zusammensetzt, in aller Form desavouiert. Mit Recht legt der Protest den Hauptnachdruck darauf, daß das Konfessionsrat, indem es einem Pfarrer ausdrücklich eine bestimmte Erklärung gegen irgend eine politische Partei oder ein bestimmtes Verbalen in irgend einer politischen Situation zur Amtspflicht machen will, „damit nicht nur in die staatsbürgerlichen Rechte, sondern vor allem in die Gewissensfreiheit des Geistlichen eingreift und das Ansehen der Kirche und ihrer Diener schädigt, indem es das Zutrauen des Volkes, zumal der in höherem wissenschaftlichem Kampfe stehenden Volkstreu, zu ihrer Zuverlässigkeit, Gerechtigkeit und Willigkeit, dem ganzen Volke zu dienen, erschüttert.“ — Sehr schmerzhaft muß es auch nicht nur das heftige Konfessionsrat, sondern auch unsere politischen Schorfmaßer berühren, daß selbst Herr Max Lorenz, der Herausgeber der „Antisozialdemokrat.“ mit seiner Mißbilligung des disziplinarischen Einschreitens gegen Korell nicht zurückhält. Er erklärt im „Tag“: „Pfarrer Korell ist mit einem Verweis bestraft, weil sein eben stizierter Verbalen „mit den besondern Standespflichten eines Geistlichen unvereinbar und geeignet ist, die Achtung und das Vertrauen, die sein Ruf erfordert, zu beeinträchtigen.“ Wenn nun aber Herr Korell sich klug und klar für den nationalliberalen Stein erklärt hätte — hätte er dann nicht etwa auch bei manchem Wähler seiner Gemeinde an Achtung und Vertrauen ein Stück eingebüßt? Ganz sicher! Wäre er dann aber ebenfalls von seiner Behörde gemäßigelt worden? Ganz sicher nicht!“

Die Intoleranz des Katholizismus

hat sich in den Reichslanden wieder einmal an einem klaffenden Beispiel gezeigt. Von kirchlichen Organen war es sehr mißfällig vermerkt worden, daß Nichtkatholiken der Fronleichnamprozession in Neuborf bei Strasburg keine Reverenz erwiesen hatten. In der an diesen Vorfall sich anschließenden erregten Presseheftigkeit ist ein heijsporniger Kleriker der überhebenden Bemerkung, der Gruß der Hostie sei eine Anstandsspflicht, der sich nur ein „rober Geselle“ entziehen könne. Die kirchliche Presse macht sich die Begründung ihrer dreifachen Forderung sehr leicht: sie fordert einfach, „um der Toleranz willen“ volle Freiheit der Prozessionen, weil diese zur freien Ausübung des katholischen Kultus gehören.

Nun sind die Prozessionen der Katholiken im allgemeinen in Deutschland seiner Beschränkung unterworfen; nur in den Reichslanden besteht eine gesetzliche Bestimmung, daß Prozessionen in jedem Falle in den Städten verboten sind, wo sich Gotteshäuser verschiedener Konfessionen befinden. Solange diese Bestimmung nicht aufgehoben ist, kann selbstverständlich die protestantische Bevölkerung in den Reichslanden verlangen, daß das Gesetz respektiert wird. Der kirchliche „Kurier“ muß auch selber zugeben, daß das Verbot einer Prozession zulässig sei, wenn nämlich der öffentliche Aufzug zum Zwecke einer direkten Verhöhnung einer anderen Konfession veranstaltet wird. Nun wird ein solches Motiv bei der Fronleichnamprozession in Deutschland im allgemeinen kaum als vorliegend zu erachten sein, obwohl die Frage prinzipiell verneint werden kann. In dem Dekret über das heilige Sakrament der Eucharistie, das das Tridentinische Konzil auf seiner 13. Sitzung beschlossen hat, wird nämlich als Zweck der Fronleichnamprozessionen, bei denen im Sakrament der gegenwärtige Gott durch die Straßen und öffentlichen Plätze getragen werden soll, im letzten Satz nach der Uebersetzung der Dabachischen „Trierischen Landesz.“ angegeben, „daß gerade so die Wahrheit als Siegerin über Lüge und Irreligion den Triumph feiern müsse, daß ihre Widersacher im Anblicke so großer Herrlichkeit und bei so großer Freude der ganzen Kirche bloßgestellt entweder kraftlos und entmutigt verstümmen, ganz von Schaum ergreifen und verwirrt endlich zur Einsicht kommen.“

Die Absicht der Demonstration liegt in dieser Deklaration klar zu Tage, wenn auch anquerkennbar ist, daß im großen und ganzen die katholischen Prozessionen einen solchen provokativen Charakter nicht tragen. Um so aufreuzender muß es aber auf die protestantische Bevölkerung wirken, wenn der Klerus, wie es jetzt in den Reichslanden geschieht, geradezu ein Recht auf diese Forderung konstruiert, daß die protestantischen Pastoren einer Prozession dieselbe Reverenz zu erweisen haben wie die Katholiken.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den Briefkasten gegenüber keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Dienstag den 3. Juli fand plötzlich nach langem Leben meine liebe Frau
Emilie Schunke
geb. Lindner
im Alter von 53 Jahren. Um jähliches Beileid bittet
Ernst Schunke.
Großfama, den 4. Juli 1906.

Bekanntmachung.

Fernsprechanstalt, welche bei der Erweiterung der Stadt-Fernsprecheinrichtung in Merseburg ausgeführt werden sollen, sind bis 1. August bei dem Postamt hierseits oder bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion in Halle (Saale) anzumelden. Die Anmeldeformulare können bei dem hiesigen Postamt kostenfrei bezogen werden.

Anmeldungen, die nach dem oben angegebenen Zeitpunkte eingehen, werden während des nächsten Bauabschnitts nur gegen Erstattung der durch die verspätete Anmeldung erschwandenen Mehrkosten erledigt werden.
Merseburg, den 4. Juli 1906.
Kaiserliches Postamt.
S. B. K. a. e.

Hartobst- u. Scheunen-Verpachtung in Meipisch.

Mittwoch den 11. Juli d. J., nachmittags 4 Uhr,
soll die diesjährige **Obnutzung** im Wofschischen Gehöft zu Meipisch öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Im Anschluss hieran sollen dann
die Scheunen und Stallungen
im Wofschischen Gehöft zu Meipisch zur Verpachtung kommen.
Sammelplatz: **Gasthaus zu Meipisch.**
Merseburg, den 3. Juli 1906.
Fried. M. Kunth.

Wohnung, barriere, zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen **fl. Sixtstraße 20.**
Eine freundliche Wohnung zu vermieten **Reichensteinerstraße 25.**
Bornwerk 4 ist eine Wohnung an einzelne Leute zu vermieten und 1. Okt. zu beziehen.
Oelgrube 7 ist eine Voll-Wohnung von Stube, Kammer, Küche nebst Zubehör, Preis 135 Mk., zum 1. Oktober an ruhige Leute zu vermieten. Näheres **Delarue 5 I.**
Kleine Wohnung zu vermieten **Oberbretter 8.**
1 Logis an ruhige Leute zu vermieten. Preis 135 Mk. **Oberaltenuß 11.**
Freundliche Barriere-Stube mit Kofen-Gehöft ist zu vermieten und 1. Okt. zu beziehen. Preis 44 Mk. **Schreiberstr. 4.**
Ein kleines Logis, passend für ein paar einzelne Leute, zu vermieten und sofort zu beziehen **gr. Sixtstraße 8.**

Steinstrasse 9
ist eine freundliche Wohnung zum 1. Okt. zu vermieten. Preis 200 Mk.
Barriere-Wohnung zu vermieten, Preis 36 Taler, **Seitenbentel 6 I.**

Grössere Wohnung
zu vermieten, sofort oder später zu beziehen **fl. Ritterstraße 17 I.**
Stube und Kammer zu vermieten **Braunstr. 9.**
2. Etage **Dom 5** sofort zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen. Näheres **Braunstr. 1.**

Oberburgstrasse 6
ist die 1. Etage zu vermieten.
2 Stuben, Kammer, Küche, Bodenstube, Keller und Garten, 165 Mk., an ruhige Mieter zu vermieten und 1. Okt. zu beziehen **Meinshauerstr. 2b.**
Breitestraße 16. Wohnung zu 135 Mk. 1. Oktober zu vermieten.
Schöne Wohnung, fortzugshalber per 1. Okt. zu beziehen **Hofmarkt 12.**
Eine Wohnung ist zu vermieten und sofort oder 1. Oktober zu beziehen **Sakobau Nr. 16.**
Stube, Kammer und Küche nebst Zubehör an einzelne Leute vom 1. August ab zu vermieten **Unteraltenuß 22.**
Wohnung, 1. Etage, Stube, Kammer, Küche nebst Zubehör, an einzelne Leute zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen **Steinstraße 6.**
Stube, Kammer und Küche zu vermieten **Schreiberstr. 2.**
Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, Kammer und Küche nebst Zubehör, zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres **Oberburgstraße 1.**
Stube, Kammer und Küche an ruhige Leute zu vermieten **Vindenstraße 2.**

Eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer nebst Zubehör, zu vermieten. Alles Näheres **Amtsdämmer 6a.**

Hallescherstrasse 24 b
Barriere-Wohnung mit Vorgarten 3. 1. Okt. oder früher zu beziehen. Näheres **Meinshauerstr. 2 b.**

Bismarckstrasse 1
ist eine Barriere-Wohnung, bestehend aus 3 Stuben, Küche nebst Zubehör, zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen. Besichtigung nur nachmittags von 4-7 Uhr.

Wohnung von Stube, Kammer und Küche nebst Zubehör 1. Okt. zu beziehen **Windberg 4**

Eine Familien-Wohnung ist zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen **Neumarkt 10.**
Eine Wohnung ist zu beziehen **Potenial 16.**

Freundliche Barriere-Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, zum 1. Oktober zu mieten gesucht. Offerten unter **H K** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Wohnung zum 1. Okt. im Preise von 40-45 Taler zu mieten gesucht. Off. bitte unter **C D** an die Exped. d. Bl.

Möblierte Wohnung
zu vermieten **Markt 16.**
Möbl. Zimmer mit Kabinett
zu vermieten **Gottwardstr. 29.**

Schön möbliertes Zimmer
preiswert zu vermieten **Markt 17/18.**

Freundlich möbliertes Zimmer
zu vermieten **Braunstr. 4 II.** rechts.

Möbliertes Zimmer
in der Nähe des Bahnhofs sofort gesucht. Offerten unter **B B 99** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Ein Laden mit Wohnung
ist in der Oberbreitstraße zum 1. Okt. zu beziehen. Darauf Reflektierende können sich mit mir in Verbindung setzen.
A. Reichel, Sixtstr. 25.

Laden mit Ladenstube
Dom 5 sofort zu vermieten und 1. Okt. zu beziehen. Näheres **Braunstr. 1.**

Darleh auf Möbel, Wertigkeit und gibt Selbstgeber ohne unnütze Vorauszahlung. **Unger, Berlin, Gubenstraße 46, Müdderpo.**

750000 Mark
in großen und kleinen Posten sind von 3/4 Prozent an lange unfindbar auszuliefern. Agenten verboten. Offerten unter **Nr. 554** hauptpostlagernd **Magdeburg.**
Verlässliche Franchisegalber meine in Für **Sidermedel** belegen

Niddergrundstücke
von 22 Morgen mit der diesjährigen Ernte auf 6 Jahre zu verpachten und bitte hierauf Reflektierende sich mit mir in Verbindung zu setzen. **Friedrich Waitz, Sidermedel.**

Wohnhaus.
Neuerbautes Wohnhaus, Eckhaus, mit zwei Eingängen, großem Garten und schönen Balkon, Mietsinnommen 1300 Mk., ist für den festen Preis von 24000 Mk. zu verkaufen. Offerten unter **24000** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Zwei gut erhaltene Fahrräder
sind zu verkaufen **Kreuzstraße 3.**
1 Sommermantel, 1 Wintermantel, 3 Anzüge und noch einige getragene Kleidungsstücke, normale **Figur 164 cm.** Näheres **Markt 24.**

Gebranntes Nüßholz, Wagen, Schußkarren, eisernes zweiflügeliges Tor etc.
zu verkaufen. Frau **W. H. Gärtner**, am liebsten **„Minorka“**, zu **Küchen**, laufen gesucht **Vindenstr. 7.**

Zöpfe
größtes Lager in allen Farben zu billigen Preisen **Otto Seibritz, Gottwardstr. 9.**
Anarbeiten u. Kürben extraranger **Säfte.**

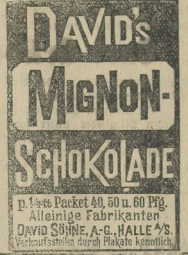
Schuppen, Haarausfall, Haarspalte behandelt „Armonta“ feinstes Arenta-Parfüm. **Nr. 50 Pf.**
Ad. Huber, Central-Drog., Markt 10.

Neue Kartoffeln
im ganzen und einzeln hat zu verkaufen **Gustav Mandrich, gr. Sixtstr. 6.**

Ia. frisches Rehwild, feinst. jung. Gänse, Enten, jung. Kähnchen, ital. Kartoffeln
a Pfund 10 Pf.,
neue saure Gurken
a Stück 8 Pf.,
neue Vollerhinge
Emil Wolff.
empfiehlt

Neue Kartoffeln
frühblau, sowie Perle von Erfurt verkauft **Weinberg 2.**

Täglich frische Heidelbeeren.
Gasthof goldener Hahn.



Neue Vollerhinge
stehend fest, a Stück 10 Pf.
Neue saure Gurken
a Stück 8 Pf.

Sommer-Malta-Kartoffeln
a Pfund 14 Pf.
Neue Chioggio-Kartoffeln
a Pfund 10 Pf.

empfiehlt **Walther Bergmann,**
Gottwardstraße 10.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Junge Vierländer Gänse u. Enten, frische französische Pfirsiche und Walderdbeeren, frische französische Tomaten, Malta-Kartoffeln a Pfd. 14 Pf., neue Matjes-Deeringe a Stück 10-15 Pf., neue saure Gurken Stück 10 Pf., frischen geräucherten Kalb, Kieler Speck-Wurstlinge, frischen russischen Salat
empfiehlt **C. L. Zimmermann.**

frisch auf Eis eingetroffen:
Ia. Schellfisch a Pfund 25 Pf.
Ia. Cabelljan do. 22 Pf.
empfiehlt **Emil Wolff.**

Jedes Quantum
Kirsch-Johannisbeeren
(rot und weiß) hat abzugeben
Max Hetzer.

Heidelbeeren
treffen täglich frisch ein
Gasthof grüne Linde.

Johannis- und Himbeeren,
täglich frisch gepflückt. Bestellungen nimmt entgegen **Hoffmann, Unteraltenuß 49.**

Große Sendung
Erfurter Blumenkohl
eingetroffen. Empfehle denselben zu billigsten Tagespreisen.

Frau Schubert,
an der Giesel 7.
Marktstand Grünemarkt. Jede Neubau.

Reparaturen jeder Art.
Moderne neue Räder
zu billigsten Preisen
Gustav Engel



Freibank.
Freitag und Sonnabend von früh 7 Uhr ab
Fleischverkauf
Die Verwaltung.

Rheumatismus!
Spezialität:
Gelenk-Rheumatismus, Gicht, kronische Krankheiten, Ausschlag bei Kindern, offene Beinwunden heilt unter Garantie

G. Teichmann,
Naturheilkundiger,
Halle a. S., Biehoffstr. 40.
Sprachst. jeden Mittwoch und Sonnabend nachmittags von 3 Uhr ab
an **Sixtstraße 4.**



Zu haben bei:
Walter Bergmann, Fried. Franz Herrfath, Karl Kuodt, W. Kösteritzsch, Wilh. Kieslich, Paul Näher Nachfolger, Otto Teichmann, Gustav Traudorf, Emil Wolf.



Zu Merseburg bei: **Carl Kundt, Jul. Trommer, A. Weizel.**

Hautausschläge
jeder Art befeuchtet keine Seife so sicher, als die altbewährte

Original-Seerhewes-Seife.
Letzte allein echte Marke:
Dreieck mit Erdglobe und Kreuz
v. Bergmann & Cie, Berlin, v. Frankfurt a. M. Pro Stck. 50 Pf. in der **Stadt-Apothek.**

Für die Reise
empfiehlt:

Gängematten, Klappstühle, Aufsäcke, Trinkflaschen, Trinkbecher, Touristenstöcke.
Größte Auswahl. Bedeudende Preise.

Spielwarenhans Wilhelm Köhler,
fl. Ritterstraße 6.

Meine Wohnung befindet sich jetzt
Braunhausstrasse 4 II.
Hedwig Oehm,
Schneiderin.

Missionsfest.
Am nächsten Sonntag den 8. d. M. feiert der Hilfsverein Merseburg-Land, i. G. w., sein
Jahresfest
in Täglich von 3 Uhr nachmittags an. Festprediger ist Herr Pastor Gründler-Berlin. Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Freie turn. Vereinigung.
Am 7. und 8. Juli Turnfahrt nach **Wottleberode, Stolberg, Vindenberg, Treseburg, Zeale i. G.**
Wahrsch. Sonnabend mittags 12 Uhr 46 Min.
Der Vorstand.



Zu haben bei: **Wilh. Kieslich.**

P. P.

Empfehle mich zur Abhaltung von **Auktionen**

jeder Art, **Verpachtung** von Feldern u. Wiesen, **Vermittlung** von Verkäufen und Verpachtungen, sowie **Vermittlung** von Hypotheken.

Indem ich prompteste Ausführung zusichere, bitte um geneigte Zuwendungen.

Schlichtungsvoll

Richard Krampf,
vereid. Auktionator,
Merseburg, Hallestraße 38.

Vom 15. Juli bis 15. August
verreist.

Dr. med. **Karl Herschel,**
Spezialarzt für Ohren-, Nasen- und
Rachenkrankheiten.
Halle a. S., Marktplatz 20.

Bin zurückgekehrt.

Dr. med. **Dankert,**
homoeopath. Spezialarzt,
Halle a. S., Magdeburgerstr. 10.

Freiwillige Feuerwehr.

II. (Pionier)-Kompagnie.
Montag den 9. Juli,
abends 8 Uhr.

Uebung.
Das Kommando.

Kavallerie-Verein.
Merseburg.
Sonntag den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr.
Monats-Versammlung
Der Vorstand.

Kriegsdorf.
Sonntag den 7. Juli, abends 8 Uhr,
Generalversammlung
im „Cajino“
Der Vorstand.

Sonntag den 8. Juli, von nachmittags
3 Uhr ab, laden zum
Jugendball
freundlichst ein
A. Winter, Gastwirt. Die Jugend.

Kaffeehaus Weinschau.
Sonntag den 8. d. M., von nachmittags 3
und abends 8 Uhr ab,

Ballmusik.
Vormittags 10 Uhr
Spezifischen.
Freundlichst ladet ein
Otto Bötcher.

Kötzschen.
Sonntag den 8. Juli
**großes Gänse-, Enten- u.
Hähnchen-Aussteigeln.**
Anfang 3 Uhr nachmittags.
A. Köte.

Berein d. Gastwirte v. Merseburg u. Umgeg.

Freitag den 6. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr,
findet im „Tivoli“ eine

Versammlung

statt, zu der die aktiven Mitglieder hiermit eingeladen werden.
Dem Verein nicht angehörende Kollegen von hier und auswärts sind als Gäste willkommen.
Tagesordnung: Stellungnahme zur ev. Erhöhung des Bierpreises seitens der Brauereien.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Dem verehrten Publikum von Merseburg hiermit die ergebene Mitteilung, daß vom 1. Juli ab unter bisheriger Milchverkauf, Herr **Carl Schwarz** nach seinen Söhnen aus anderen Diensten getreten ist. In seiner Stelle hat Herr

Carl Gräber in Merseburg

von genanntem Tage ab den Verkauf unserer vorzüglichen Molkereiprodukte aus unseren Molkereihöfen übernommen.

Die geehrten Hausfrauen machen wir darauf aufmerksam, daß die Milch unserer sämtlichen Mitglieder unter sorgfältigster hierzulandiger Kontrolle stehen, daß die Milch nach den neuesten Schutznormen behandelt wird und so zum Verkauf kommt, wodurch stets tadellose Ware gewährleistet wird. Auch machen wir auf den hohen Fettgehalt unserer Milch besonders aufmerksam.

Herr **Gräber** liefert die Produkte stets frisch und in sauberster Weise auf Wunsch frei ins Haus und bitten wir, das Vertrauen, welches Sie unseren bisherigen Verkäufern in so reichem Maße geschenkt haben, auch auf deren Nachfolger übertragen zu wollen.
Schlichtungsvoll

Molkerei-Genossenschaft,

G. G. mit unbeschr. Haftpflicht
zu Schaafstädt.

Hempel & Liebmann

Inh.: **G. Liebmann,**
Burgstraße 5, Merseburg, Telefon 360.
Elektro-Technisches Installationsbureau
für Beleuchtung und Kraftübertragung.
Blitzableiter-, Telefon- u. Signalanlagen.

Creolin

anerkannt
bestes
Desinfektionsmittel für Haus und Stall.

Bestes Viehwaschmittel.
Unentbehrlich in der Wundbehandlung.
Das Wort **Creolin** ist als Warenzeichen gesetzlich geschützt und sind daher nur Originalpackungen im Handel:
Flaschen zu 16 Pfg. (30 gr.), 30 Pfg. (60 gr.), 50 Pfg. (100 gr.),
Mk. 1.- (200 gr.), Mk. 1.50 (500 gr.), Mk. 2.40 (1 Liter)
und Blechkannen zu Mk. 3.- (5 Liter) und Mk. 4.- (10 Liter)
andere, sowie sogenannte Ersatzmittel weisen man stets
zurück, um sich vor Schäden zu bewahren.
Man verlange gratis u. franko die Broschüren „**Creolin**
und die häusliche Gesundheitspflege“ und „**Gesundes
Vieh**“ in Apotheken und Drogerien oder direkt von
William Pearson, Hamburg.



heute
hauschlachtene Würst.
a Pfund 80 Pfg. empfiehlt
Gustav Mohr, Breite-
straße 10.



Kötzschen.
Sonntag den 8. Juli von nachmittags
3 Uhr ab
Burschentanz,
wogu freundlichst einladen
die jungen Mädchen. A. Köte.

Creypau.
Sonntag den 8. Juli, von nachmittags
3 Uhr ab, laden zum
Jugendball
freundlichst ein
die Jugend. O. Jhbe.

Schkopau.
Gasthof Deutscher Kaiser.
Sonntag den 8. Juli
Gr. Kirchsfeiert,
von nachmittags 3 1/2 Uhr an
Ballmusik
(Stadtkapelle).
wogu freundlichst einladet **L. Berger.**
NB. Für delikaten Kirchsfeiert sowie
Speisen und Getränke ist bestens Sorge ge-
tragen.

Bergschlößchen
Sonntag den 8. Juli, nachmittags 4 und
abends 8 Uhr.
Gr. humoristisches Gesangs-Konzert
der hier bestens bekannnten
E. Knobelsdorfs Naumburger Couplet-Sänger.
Großes unterhaltendes Programm!
Die neuesten Sagen!
Wer lachen will, der komme.
Es ladet freundlichst ein **W. Hennicke.**

Meuschau.
Sonntag den 8. Juli, von nachmittags
3 Uhr ab,
Ballmusik,
wogu freundlichst einladet **B. Schmidt.**
Musik von der Merseburger Stadtkapelle.

Hubolds Restauration.
heute
Schlachtfest.

Tivoli-Theater.

Freitag 6. Juli 1906.
Auf allgemeinen Wunsch wiederholt!

Moderne Töchter.

Auffspiel in 4 Akten von L. Stein.
Personen:
Winkler sen., Bankier
Fred, sein Sohn
Wilmann, Seifenfabrikant
Amalie, seine Frau
Kara, Hemebergs Frau
Johannes
Frida
Aug. Hemeberg, Möbelfabrikant
Dr. Rich. Normann, Rechtsanwält.
Wirma, Dienstmädchen
Gustav Kante, Lehrling
Ein Schuttmann
Kassieröffnung 7 Uhr.
Sonntag 7. Juli 1906.

III. Klassiker-Vorstellung.
Halbe Kassenpreise!
Othello.
Der Mohr von Venedig.

Brenzischer Adler.
Sonntag Schlachtfest.

heute
Schlachtfest.
F. Dahn.

Tücht. Kirschkleecker
im Afford werden noch angenommen in
Groß-Nanna.

Handstreicher u. Zurlichter
werden sofort eingestellt. Afford pro Tag
1,85 Mk. und 1 Mt.
F. Sonnemannsche Biegelei,
Amundorf-Planena.

Lediger Rutscher,
guter Pferdebesitzer und im Bahnen geübt, bei
hohen Lohn gesucht.
Frau **Henriette Langenheim,**
Stellenvermittl. Samalestr. 21.

Knecht,
16-17 Jahre alt, sofort gesucht
Dockhorn, Amdorf.

Zwei gewandte Peitschenhobler
sowie ein ca. 15-17 jähriger
Arbeitsbursche
für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn
per sofort gesucht.
F. E. Wirth & Sohn,
Hallestraße 9.

1 tüchtigen Arbeiter,
auch mit Frau, 18-20 Mk. Wochenlohn und
freie Station, zur Ernte aufs Land gesucht.
Zu melden bei **O. Roth,** Dierbretterstr. 5 I.

Arbeiter gesucht
beim Straßenbau Nordort bei Amundorf,
Brudersbergstraße. Zu melden beim Keller da-
selbst. Stundenlohn 35 Pf.

Eine Frau zum
Frühstückstragen
wird gesucht.
Hermann Lange, Bäckermeister.

Ein Dienstmädchen
sofort gesucht.
Frau Scholz, Gottardstr. 29.

Ein Kindermädchen
(14-15 Jahre alt), wird für sofort gesucht.
Emil Wolff, Rothmarkt.

Junges Mädchen als
Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht. Näheres in der
Exped. d. Bl.

Aufwartung
gesucht, monatlich 15 Mk. Zu erfragen
Ziemiarski 1 II.

Verloren am Sonntag nachmittag
eine goldene Damenuhr mit Monogramm
auf dem Wege vom Tennisplatz nach der
Lindenstraße. Finder erhält gute Belohnung.
Weißer Haier 26 II.

Eine einreihige Korallenkette
wurde Montag Nachmittag auf dem Kinderplatze
verloren. Abzugeben **Karlstr. 13, Hof 1.**

Paul Thiele, Bankgeschäft, Merseburg, große Ritterstraße 15,
empfehlte sich zur Ausführung aller in das Bankfach schlagenden Geschäfte.

Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

Reichskanzler Fürst Bülow wird, nach der „Woss. Zig.“, bis zum 25. September in Nordberney verweilen. Abdam wird er sich vermutlich nach Hamburg v. d. Höhe begeben.

Kriegsminister v. Einem hat sich am Montag nach Kiel zu dem Kaiser begeben, als dessen Gast er nach der „Post“ an der diesjährigen Nordlandreise des Monarchen teilnimmt.

Die Unternehmung wegen der angeleglichen Indiskretionen in der Kolonialabteilung zieht immer weitere Kreise. Neuerdings haben wieder bei mehreren Kolonialbeamten Durchsuchungen stattgefunden und zwar sowohl in den Räumen der Kolonialabteilung wie in ihren Privatwohnungen. Auch andere nicht beamtete Personen sind von Hausdurchsuchungen betroffen worden, so ein Journalist der für französische Blätter korrespondiert.

Die Unternehmung wegen der angeleglichen Indiskretionen in der Kolonialabteilung zieht immer weitere Kreise. Neuerdings haben wieder bei mehreren Kolonialbeamten Durchsuchungen stattgefunden und zwar sowohl in den Räumen der Kolonialabteilung wie in ihren Privatwohnungen. Auch andere nicht beamtete Personen sind von Hausdurchsuchungen betroffen worden, so ein Journalist der für französische Blätter korrespondiert. (Distraktion polnischer Volksschüler.) In Moskau haben, wie dem „Postemp“ geschrieben wird, sämtliche Schüler der ersten beiden Klassen die Religionsbücher hingelegt und dem Lehrer erklärt, daß sie Religion in deutscher Sprache nicht lernen wollten. Der herbeigeholte Rektor und Schulpflichtinspektor konnten den Trotz der Kinder nicht brechen, die schließlich nach Hause geschickt werden mußten. Das polnische Blatt fügt hinzu, die Kinder hätten sich „als nichtig“ erwiesen, es sei aber zweifelhaft, ob ihr Widerstand von Erfolg sein werde. Die Darstellung gewährt einen Einblick in die Schulverhältnisse, wie sie sich neuerdings im Osten entwickeln. Die Lehrer und die Schulverwaltung sollen durch die Obstruktion der Kinder mißtraut gemacht werden. Das wird, wie das „Postener Tageblatt“ bemerkt, nicht gelingen. So schwer es auch den Lehrern fallen mag, sie müssen ihre Gebude behalten und die Kinder weiter unterrichten. Ergibt eine Prüfung, daß nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Kinder noch nicht reif sind, so werden sie eben noch zwei Jahre länger in der Schule gehen müssen.

Daß Rosa Luxemburg aus der Haft entlassen worden ist, wird von dem „Vorwärts“ bestätigt. Die Haftentlassung erfolgte am Sonnabend, nachdem einige Tage vorher das Gericht die Erhebung einer Anklage abgelehnt hatte, weil feinerlei Belastungsmaterial gegen die Luxemburg vorliege. Die Entlassung der Dame aus dem Gefängnis verzögerte sich nach dem „Vorwärts“ um einige Tage, weil die Polizeibehörde den Nachweis ihrer preussischen Staatsangehörigkeit forderete. Von der Stellung einer Kaution, über die die „Woss. Zig.“ gestern berichtet hatte, weiß das sozialdemokratische Blatt nichts.

Parlamentarisches.

Herrnhäuser. (Sitzung vom 4. Juli.) Das Herrenhaus nahm am Mittwoch die Fortsetzung der Verhandlung über den Vertrag mit dem Reichsverband der Arbeiter und Gewerkschaften an. Die Verhandlung über den Vertrag mit dem Reichsverband der Arbeiter und Gewerkschaften wurde am Sonntagabend, nachdem einige Tage vorher das Gericht die Erhebung einer Anklage abgelehnt hatte, weil feinerlei Belastungsmaterial gegen die Luxemburg vorliege. Die Entlassung der Dame aus dem Gefängnis verzögerte sich nach dem „Vorwärts“ um einige Tage, weil die Polizeibehörde den Nachweis ihrer preussischen Staatsangehörigkeit forderete. Von der Stellung einer Kaution, über die die „Woss. Zig.“ gestern berichtet hatte, weiß das sozialdemokratische Blatt nichts.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 4. Juli.) Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst eine Anzahl Petitionen und trat dann in die zweite Beratung des Gesetzes über die Zulassung neuer Beschuldigten für land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke ein. Dazu hatte die Kommission zwei Resolutionen gefaßt, in denen eine der Kommission etwa fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes über deren Ausübung verlangt wird, während die Regierung in der zweiten Resolution erklärt wird, auf geeignete Maßnahmen Bedacht zu nehmen, welche eine Beteiligung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften an den Verfahren zur Durchführung des Gesetzes unter Abgabe der Mandatität der Genossenschaften ermöglichen. Abg. Dr. Crüger von der Freiwilgigen Volkspartei wandte sich gegen die Forderung der Vorlage, die zu unübersehbaren Konsequenzen führen würde. Bedenken hinsichtlich der freiwilgigen Redner die zweite Resolution, durch welche die Genossenschaften die Zentralgenossenschaftsliste der Entschuldigungsbescheidungen denkwürdig gemacht werden sollten. Er wies nach, daß dies ganz undurchführbar und der selben Entwicklung

des Genossenschaftswesens schädlich sein würde. Auch der Abg. Gabel erklärte sich namens der Nationalliberalen gegen die Vorlage, während dem Zentrum die Minderheit sich gegen die Vorlegung wandte. Die Mehrheit des Zentrums, sowie die Konservativen und Freiwilgigen traten für die Vorlage ein. Minister v. Podbielski empfahl, wenigstens einen Versuch zur Erhaltung des landlichen Grundbesitzes im Interesse der Erhaltung freier Acker auf freier Stelle zu machen. Die Vorlage wurde angenommen, ebenso darauf in dritter Beratung. Auch die Resolution der Kommission fanden Annahme. — Am Freitag 10 Uhr soll die vom Herrenhaus zurückkommende Schulunterhaltungsvorlage beraten werden.

Volkswirtschaftliches.

Der Arbeitgeber-Verband im Baugewerbe für Mittelranken hat in seiner Vollversammlung, die er am Dienstag in Nürnberg abhielt, beschlossen, an diesem Mittwochabend sämtliche organisierten Maurer und Steinhauer, Bau- und Hilfsarbeiter in Nürnberg und Fürth auszusperren, nachdem sich die Arbeiter in den Verhandlungen vollständig unmaßgeblich gezeigt und angefangen haben, über eine Anzahl von Betrieben die Panzerpe zu verhängen; von der Sperre werden ungefähr 4000 Arbeiter betroffen.

Bezüglich der polnischen landwirtschaftlichen Saisonarbeiter bezeichnet die „Nord. Allg. Zig.“ die Nachricht der „Bresl. Zig.“ als völlig unzutreffend, daß die Anordnung der Regierung, wonach die Saisonarbeiter aus Russland und Galizien in den Wintermonaten wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen, aufgehoben sei. Mit Rücksicht auf die in diesem Jahre besonders große Leutenot in der Landwirtschaft hat der Minister des Innern angeordnet, daß die Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter Familien, die bisher nur ausnahmsweise in den vier östlichen Grenzprovinzen zulässig war, allgemein bis auf weiteres nicht verhindert werden solle, sofern die Familien keine schulpflichtigen Kinder mit sich führen und die allgemeinen Zulassungsbedingungen erfüllt sind. Selbstverständlich müssen diese Familien ebenso wie die alleinstehenden Arbeiter in den Wintermonaten in ihre Heimat zurückkehren.

Provinz und Umgegend.

Torgau, 4. Juli. Der 17 Jahre alte Fähnrich im Infanterie-Regiment Nr. 72 v. Rekonowky, erschoss sich in seiner Wohnung im Schlosse Gartenfeld.

Eilenburg, 5. Juli. Der Fischereiverein der Provinz Sachsen, der Herzogtums Anhalt und der angrenzenden Staaten hält am 7. d. hier seine Generalversammlung ab, zu der man die Spitzen der Staats- und Provinzialbehörden oder deren Vertreter erwartet. Die verschiedensten Gebiete der Fischerei und der Fischerei werden in Vorträgen von bekannten Fachmännern erörtert. Geplant sind u. a. ein Ausflug nach der Sorbenburg und ein solcher nach der Reichswirtschaft des benachbarten Rittergutes Gohla.

Mühlberg a. E., 5. Juli. Auf dem nahen Truppenübungsplatz Zeitzahn ereigneten sich zwei heftig bauerliche Unglücksfälle. Bei einer größeren Übung wurde der Reserveoffizier Griesbach, Strumpffabrikant aus Deutschendorf, vom Hirschschlag getroffen, dem er alsbald erlag. Ferner stürzte ein Artillerist der reitenden Abteilung des 12. Artillerie-Regiments so unglücklich mit dem Pferde, daß er eine Darmzerreißung erlitt, die einen alsbaldigen Tod herbeiführte.

Eilenburg, 5. Juli. Die von der freiwilligen Feuerwehr aufgeworfene Frage: „Wer sorgt für uns oder unsere Angehörigen, wenn wir bei einem Brande verunglücken?“ führte folgenden einstimmigen Beschluß der Stadtverordneten herbei: „Die Stadtgemeinde Eilenburg verpflichtet sich, jedem Mitgliede der freiwilligen Feuerwehr oder den Angehörigen bei einem unverschuldeten Unfall im Feuerlöschdienste eine solche Unterstützung zu gewähren, die seinem Einkommen entspricht und 3000 Mark nicht übersteigt.“

Kelbra, 3. Juli. Der Kyffhäuserverband der Vereine deutscher Studenten wird sein diesjähriges (drittes) Kyffhäuserfest in den Tagen vom 3. bis 6. August abhalten und mit ihm die Weihe seines auf der Rothenburg neu erbauten Bismarckturmes verbinden.

Groß-Tabarz, 4. Juli. In seinem Gasthose „Zum Inselferg“ führte der Gahwirt Fritz Meich die Kellertreppe herab und brach das Genick.

Dresden, 4. Juli. In Anwesenheit der Königin Witwe und zahlreicher Ehrengäste wurden gestern vormittag 11 Uhr die neuen Fürstengestellen für Schwindsüchtige eröffnet, die der freie Ausschuss zur Bekämpfung der Schwindsucht begründet hat.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 6. Juli 1906.

(Personalnotiz.) Der Katasterlandmesser v. d. Ahe von hier ist zum Katasterkontrollleur in Bedum bestellt worden.

Im neuesten amtlichen Schulblatt für den Regierungsbezirk Merseburg (Juli 1906) wird unter Bezugnahme auf die allgemeinen Verfügungen der kgl. Königl. Regierung vom 30. Mai 1900 und vom 22. August 1903 hinsichtlich der Kindererziehung u. a. von neuem bestimmt: „Die die eigentlichen Kindererziehung erziehenden Schulaufsätze sind mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu begünstigen und auf eine möglichst frühe Jahreszeit zu verlegen. — Unter keinen Umständen darf das Kindererziehung die Dauer eines Tages überschreiten. — Die Dauer des Kindererziehungsfestes darf, soweit die Schule dabei in Betracht kommt, keinesfalls über Sommeruntergang hinaus ausgedehnt werden. — Das Kindererziehung darf in keinem Falle auf einen Tag gelegt werden, für welchen an demselben Orte die Erlaubnis zu Tanzvergügen erteilt worden ist.“

Die Verfügung ist an die königlichen Kreis- und Schulinspektoren des Bezirkes gerichtet. Die Veranlassung zu dieser Erneuerung dürfte in dem Streit um das diesjährige Kinderfest zu suchen sein, dessen Einschränkung nach dem Wortlaut dieser Verfügung allerdings von der Aufsichtsbehörde verlangt werden konnte. Die Frage nach der Berechtigung zur Einschränkung eines fest nunmehr 63 Jahren bestehenden Kinder- und Volksfestes ist damit aber noch lange nicht gelöst.

Sonnenflecke. Soeben ist ein riesiger Fleck auf der Sonne aufgegangen, der dicht am Nordrande im 5. Grade Länge und im 20. Grade nördlicher Breite steht. Sein zentraler schwarzer Kern übertrifft schon für sich allein die ganze Erde an Größe, während der Hof, der noch in perspektivischer Veranschaulichung eine schmal-ovale Gestalt hat, diese im Durchmesser etwa fünfmal und in der Fläche etwa 25mal übertrifft. Wenn er weiter in die Höhe hineingerückt wird, so wird er möglicherweise auf das bloße Auge sichtbar werden. Im übrigen bietet die Sonne seit einigen Tagen eine große Warmigkeitsart von Flecken dar, und man zählt gegenwärtig außer dem vorerwähnten noch sieben verschiedene Gruppen, die zum Teil auch behöftigente enthalten. Bemerkenswert ist dabei, daß sich alle, mit Ausnahme einer Gruppe, auf der nördlichen Halbkugel befinden. Die Betrachtung dieser Erscheinung auf der Sonne hat etwas ungemein Anziehendes, abgeben von ihrer Wichtigkeit für die kosmische Physik, weil sich das Bild täglich ändert. An allen aber kann man, wenn man die Sache verfolgt, durch ihr tägliches Fortdauern die Tatsache der Umbredung des riesigen Sonnenballes in der Richtung von Ost nach West leicht erkennen.

Ueber einen Eisenbahnunfall, der sich am Dienstag vormittag gegen 8 Uhr auf dem hiesigen Güterbahnhof ereignete, erhalten wir nachträglich noch folgende Mitteilung. Als nach Anfuhr des Güterzuges 7774 die für Merseburg bestimmten Wagen ausgekuppelt werden sollten, kamen infolge falscher Weichenstellung vier Güterwagen des Rangierzuges zur Entgleisung. Die Wagen hatten sich derart in die Erde eingegraben, daß ein Hilfszug von Halle angefordert werden mußte. Nach mehrstündiger Arbeit waren die Wagen wieder ausgekuppelt. Der Materialschaden ist ziemlich beträchtlich, Personen wurden nicht verletzt.

Gibt es verbotene Wege im Walde? Durch die Presse geht jetzt ein Artikel der „Magd. Zig.“, der auch schon in anderen Blättern, wie „Saaleztg.“, „Eigener Volksbote“ und andern Blättern im Kreise Ansehens gefunden hat. In dem Artikel wird behauptet, daß der Forstbesitzer kein Recht habe, Waldwege zu verbieten. Hierzu sei mitgeteilt, daß auf Grund eines Erkenntnisses des kgl. Kammergerichts, also des höchsten preussischen Gerichtshofes, gegen den es keine weitere Berufung gibt, vom 30. Mai 1905 festgesetzt worden ist, daß der Forstbesitzer das Recht hat, Privatwege anzulegen, und das Betreten derselben auf Grund des § 308 des Reichsforstgesetzes zu verbieten. Wir warnen daher unsere Leser, die gesperrten Wege in den unserer Umgebung liegenden königlichen Forsten zu betreten, da sie sich dadurch unbedingt strafbar machen.

Für die Zweck der Postausweiskarten sind nach einer Entschelbung des Reichs-Postamts außer Photographien in gewissen Fällen auch topographische Nachbildungen geeignet, sofern diese die betreffende Person lebenswahr darstellen. In dem Falle, der zu dieser Entschelbung Anlaß gegeben hat, handelt es sich nach der „Deutschen Verkehrs-Zg.“

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,62 Mk. Einzelnummern 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
s seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum 8 Pf., für zwei Beilagen 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleine Anzeigen 25 Pf. Restnummern pro Seite 20 Pf. Bei Wiederholungen Monatl. Bezügen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengekommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unerlangte Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 155.

Freitag den 6. Juli 1906.

33. Jahrg.

Zur Lage in Rußland.

Der Zar soll an hochgradiger Nervosität leiden und wird deshalb auf Grund bringenden ärztlichen Rats eine Erholungsfahrt nach Finnland in nächster Zeit antreten. Inzwischen regieren seine Minister Rußland in Grund und Boden, und die Clique der Reaktion macht sich in unerhörter Weise breit. Die neuen Militärrevolten, namentlich die Meuterei bei den Preobraschenski, hat man dazu benutzt, um das verängstigte Gemüt des Kaisers noch trüber zu stimmen und den Monarchen unter dem Eindruck dieser Stimmung dahin zu bringen, daß er sich wieder den Vätern in die Arme wirft, die das ganze Land verführt haben. So konnte es dahin kommen, daß selbst die Ratsschläge eines Pobjedonosew wieder Gehör finden, eines Mannes, der ein geschworener Feind des Parlamentarismus ist. Zar Nikolaus macht es genau wieder, wie im vorigen Jahr, er entzieht sich den Schreien der inneren Lage wieder durch eine Erholungsreise nach den finnischen Schären. Unterdessen mögen seine Ratgeber die Suppe ausreifen, die sie sich eingebrockt haben. Das ist ein bequemes Regierungssystem, das freilich durch wiederholte Anwendung nicht besser wird. Nach innen wie nach außen ist Rußlands Lage nicht behebenerwert. Nach außen hin wird jetzt ein schwächlicher Versuch unternommen, um die Regierung und ihre Organe von den Vorwürfen zu entlasten, die sie in der ganzen Kulturwelt wegen der barbarischen Judenmorde in Bjełostok zu hören bekommen hat. Erst ließ man die Sache gehen, behaft sich mit einigen offiziellen Vagentelegrammen und glaubte damit genug getan zu haben. Dann aber kam die Entrüstung über die Schandthaten von Bjełostok überall derart zum Ausdruck, daß selbst die hart gefasste russische Regierung sich veranlaßt sah, darauf zu reagieren. Aber fragt mich nur nicht, wie!

Wir haben schon eine Probe gegeben davon, in welchem Geiste die amtliche Untersuchung über den letzten „Pogrom“ geführt wird. Jetzt veröffentlicht der Petersburger „Regierungsbote“ folgende Mitteilung:
Am 14. Juni haben in Bjełostok Unruhen stattgefunden, deren Ergebnis 82 Tote (7 Christen und 75 Juden) und 78 Verwundete (18 Christen und 60 Juden) sowie die Plünderung von 169 jüdischen Wohnungen und Büden waren, die einen Verlust von annähernd 200000 Rubel verursachte. Zum Zwecke der Ermittlung der genauen Ursache der Unruhen hat der Minister des Innern das Mitglied des Ministerrats Salmstetter nach Bjełostok abgeordnet. Die hierdurch gewonnenen Nachrichten als auch andere bei der Regierung eingegangene Mitteilungen haben folgendes ergeben: Bjełostok, welches etwa 100000 Einwohner hat, ist im Jahre 1905 durch die Revolution in Tätigkeit gekommen. Die Tätigkeit ist erneuert worden, nachdem die russische Regierung die Bjełostoker Juden die Erlaubnis erteilt hat, sich in die Provinz zurückzuziehen. Die Erlaubnis ist unter der Bedingung erteilt worden, daß die Juden sich in die Provinz zurückzuziehen, die Erlaubnis ist unter der Bedingung erteilt worden, daß die Juden sich in die Provinz zurückzuziehen, die Erlaubnis ist unter der Bedingung erteilt worden, daß die Juden sich in die Provinz zurückzuziehen.

hebet kann bloß eine gerichtliche Untersuchung ermöglichen, welche mit größtmöglicher Schnelligkeit geführt wird. Fürs erste kann nur als Tatsache gelten, daß der Pogrom hauptsächlich von einzelnen kleinen Gruppen der Land- und Stadtbewohner ausgeführt worden ist, wobei in den meisten Fällen die Plünderungen durch rechtzeitig herbeigerufene Truppen aufgehalten wurden. Um 6 Uhr abends war Bjełostok von den Plünderern befreit und Partouillen marschierten durch die Straßen. Am nächsten Tage erreichte der Pogrom auch neue. Am Mittag dieses Tages erfolgten von Seiten der Revolutions-Organisationen Überfälle auf die Truppen, die erst in der Nacht zum 18. Juni endigten. Alle durch die Untersuchung gewonnenen Anhaltspunkte sind bereits als Grundlage für Maßnahmen genommen, die zur Herstellung der regelten Tätigkeit der Ortsbehörden dienen sollen. Was die am Pogrom beteiligten Personen sowie ihre Mithelfer und die Aufsteiger anbelangt, desgleichen ihre Auffindung, Beurteilung und Verurteilung, so werden die Gesetze alle ihnen angebotene Anwendung. Auch die Regierung wird ihrerseits alles dazu tun, daß keine einzige an den Bjełostoker Gräueln mit schuldige Person dem Gericht und der Strafe entgehe. Voll Empörung weist die Regierung die in der Gesellschaft verbreiteten Gerüchte zurück, daß der Judenpogrom in Bjełostok unter Mitwissen und Beteiligung der Ortsbehörden und der Truppen stattgefunden habe. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, die Unklarheit auszuräumen, daß der Grund dieses beklagenswerten Ereignisses hauptsächlich in der Tätigkeit der örtlichen revolutionären Organisation zu suchen ist.

Ein Kommentar zu diesem tendenziösen Aktienstück ist überflüssig. Nur eines heben wir hervor. Die Empörung über die angeblich falschen Gerüchte, daß der „Pogrom“ unter Mitwissen und Beteiligung der Ortsbehörden und Truppen stattgefunden habe, will der russischen Regierung sehr schlecht zu Gesicht stehen. Man braucht nur folgende Meldung der „Petereb. Tel.-Agent.“ dagegen zu halten: Ein vom Minister des Innern nach Petersburg berufener Polizeibeamter aus Bjełostok ist nach Meldungen verschiedener Blätter der Urheber des dortigen Pogroms. Wie aus Wilna dazu gemeldet wird, handelt es sich um den sich gegenwärtig dort aufhaltenden Polizeioffizier Scheremetjew, der nach Petersburg berufen worden ist.

Ein Kabinettswechsel steht bevor, wenn das Blatt „Nesisch“ recht berichtet ist. Wie „Nesisch“ meldet, erklärte Ministerpräsident Goremykin in einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Ministerrates, dem Kabinet sei der Rücktritt nahegelegt worden, mit der Neubildung des Kabinetts soll dem Blatt zufolge der ehemalige Ackerbauminister Jermolow betraut werden.

Die Meuterei bei der Garde zieht weitere außerordentliche Maßnahmen nach sich. Ein Tagesbefehl des Oberkommandierenden des Petersburger Militärbezirks und der Garde ordnet an, gegen den Kommandeur sowie gegen den Bataillonskommandeur, die Kompagniechefs, sowie gegen die übrigen Offiziere und Mannschaften des aufgelösten ersten Bataillons des Preobraschenski-Regiments eine Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen dem Gericht zu übergeben. Gleichzeitig erteilten der Kommandeur der ersten Brigade der ersten Garde-Infanterie-Division, der Kommandeur der ersten Garde-Infanterie-Division und der Kommandeur des Gardekorps einen Verweis.

Im Kreise Odessa ist anstelle des außerordentlichen Schuges der Kriegszustand verhängt worden.

Die Reichsduma hat am Dienstag den Gesetzesentwurf betreffend das Versammlungsgesetz an eine besondere Kommission von 11 Mitgliedern verwiesen. Ferner wurden mehrere Anträge auf Interventionen über die Todesstrafe und über einen in Datum beschützten Pogrom angenommen. Ueber die Vorkommnisse in Bjełostok wurde am Donnerstag zu verhandeln beschlossen. Die Reichsduma verhandelte weiter über die Billigkeit der Wahlen im Gouvernement Tambow. Mit 286 gegen 62 Stimmen werden die Wahlen von elf Deputierten dieses Gouvernements für ungültig erklärt. In den Wandelgängen wurde diesem Beschlusse große Bedeutung beigelegt, weil er den Gouverneuren zeige, daß die Duma niemals eine Beeinflussung der Wahlen durch die Verwaltung gestattet werde.

Ein „schneidiger“ Ministergehilfe. Der Ministergehilfe Gurko, der die bekannte heftige Rede gegen die Agrarreform hielt, macht jetzt wieder von sich zu reden. Er kam vor einigen Tagen in die Duma und sagte dort mit lauter Stimme zu seinem Gefolge: „Wollen wir sehen, in welcher Stimmung sich heute diese Hooligans befinden.“ Einige „Hooligans“, d. h. Mitglieder der Duma, wollten ihn wegen Erwerdung der Duma verurteilen. Gerichtsweise verurteilt, man habe dem schneidigen Ministergehilfen empfohlen, seinen Abschied einzureichen.

Ein sensationeller Kriegsgerechtsprozess steht bevor. Admiral Negobogow, die vier Kommandanten (bzw. stellvertretenden Kommandanten) der den Japanern übergebenen Schiffe sind nach beendetem Untersuchung ebenso wie die Offiziere des Torpedoboots „Bjadow“ einschließlich des Admirals Koschijewski dem Gericht übergeben. Auf das ihnen zur Last gelegte Vergehen steht die Todesstrafe.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die Spannung zwischen Oesterreich und Ungarn ist durch einen Genetischen des ungarischen Handelsministers Koskuth wieder um ein Beträchtliches erweiteret worden. Wiener parlamentarische Kreise erörtern nach der „Kön. Ztg.“ lebhaft eine Erklärung Koskuths, wonach eine neue Vereinbarung über den schweizer Handelsvertrag diesmal nicht, wie beim früheren Schweizer und noch beim neuen Verträge mit Deutschland in deutscher und französischer Sprache ausgefertigt worden sei, sondern deutsch und magyarisch und zwar, wie es scheint, in drei Exemplaren. Koskuth und die schweizerischen Vertreter hätten nach Koskuths Erklärung auch das dritte ungarische Exemplar getrennt unterfertigt und damit den besonderen magyarischen Staat anerkannt, während nach dem Ausgleichsgesetz von 1867 die Monarchie gegenüber dem Ausland einheitlich durch den gemeinsamen Minister vertreten wird. Freilich sei schon bei der Bräufester Zuderkonvention ein ähnlicher Verstoß gemacht worden. Jedenfalls habe Koskuth sich durch den neuen Akt sich wieder hinreichend in die magyarische Gunst gesetzt, um nicht an seinen Rücktritt denken zu müssen. Als antiösterreichisch bezeichnet man auch den einseitig in Ungarn beschlossenen Zusatz zum Verträge. Während im Verträge richtig von österreichisch-ungarischen Zollgebiet gesprochen werde, erkläre der Zusatz diesen Begriff als das nur auf der Resiprozität beruhende Gebiet. Dadurch, daß Ungarn den Begriff des tatsächlich bestehenden österreichisch-ungarischen Zollgebietes einseitig und ohne Rücksicht auf die Verhandlungen mit Oesterreich festgelegt habe, erschwere es diese Verhandlungen, die ohnehin schon stocken und erst Freitag anlässlich der Anwesenheit der ungarischen Duendeputation in Wien zwischen Weterle und Bert wieder möglichst in Fluss gebracht werden sollen.

Frankreich. Dreyfus ist glänzend gerechtfertigt. Am Dienstag stellte, wie aus Paris gemeldet wird, vor dem Kassationshof Generalstaatsanwalt Baubouin den Antrag auf Kassation des früheren Urteils ohne Verweisung vor ein anderes Gericht. Er sagt: der Kassationshof sei Richter nicht allein hinsichtlich der Rechtslage, sondern auch des Tatbestandes. Wenn es sich um Revision handle, werde seine Befugnis durch nichts eingeschränkt, auch nicht durch die res judicata. Die vom Verteidiger zugunsten der Kassation ohne Rückverweisung vorzubringen Gründe seien auszuschließen, nämlich Verjährung und Begnadigung; da Dreyfus tatsächlich des Verrats beschuldigt worden sei, könne von der Verjährung nach drei Jahren nicht die Rede sein. Auch mache die Freisprechung Esterhazy's eine neue kontraktliche Verhandlung unmöglich. Der Kassationshof müsse in der Sache selbst entscheiden, indem er die Kassation ohne Rückverweisung aufspricht. Die Sitzung wird darauf verziigt, trotz des Widerspruches des Generalstaatsanwalts, der vorschlug,

